

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennig, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Dienstag, den 7. Januar 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum Quartalswechsel.

Hestig wagt zur Zeit der Kampf im politischen Leben. Die Mantelwerke der Reaktion sind emsig bei der Arbeit. Das Reichstagswahlrecht ist besonders gefährdet. Schon wird seine Abschaffung von den Nationalliberalen frech und übermüthig gefordert.

Die Presse der bürgerlichen Parteien unterstützt die Reaktion in ihrem Vorgehen; bezeichnet sie doch das allgemeine Wahlrecht als eine „Unrechtthat“.

Der ärmere Mann, der mit Steuern am meisten beladen ist, soll nichts, rein gar nichts mehr zu sagen haben, damit die Besitzenden um so rücksichtsloser die Klippe der Gesetzgebung zu ihren Gunsten handhaben können.

Proletarier, freigeitlich gesinnte Männer macht Front gegen solches Treiben, ermahnt Euch und wahre Eure theuersten Interessen.

Unterstützt nur die Presse, welche rücksichtslos für das Recht und für die freigeitliche Entwicklung des Volkes eintritt. Abonniert den

„Lübecker Volksbote“.

Der „Volksbote“ wird in Zukunft wie bisher als Organ der größten politischen Partei sowohl im Reich als auch in Lübeck auf der Bahn, die ihm das Parteiprogramm vorschreibt, rüstig weiter-schreiten.

Im unterhaltenden Theil wird der

„Lübecker Volksbote“

mehrere gute Romane veröffentlichen. Nach Beendigung des Balzac'schen Romans gelangt die spannende Novelle von Otto Freitag: „Der Sperlingskrug“ zum Abdruck.

Der Abonnementspreis für den „L. Volksbote“ ist der gleiche wie bisher. Der „Volksbote“ kostet vierteljährlich 1,60 Mark, monatlich 55 Pfg., frei ins Haus. Bei Postabonnements erhöht sich ev. der Preis um die Zustellungsgebühr.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeder unserer Abonnenten berechtigt ist, auf Grund seiner Quartalsquittung persönlich einmal vier Zeilen gratis zu inseriren.

Parteigenossen, Freunde der politischen und wirtschaftlichen Freiheit des Volkes treten ein für Eure Presse, agitiert nach besten Kräften für die Verbreitung des „Lübecker Volksbote“.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Die Buren-Republik im Transvaal.

Am Schluß des vergangenen Jahres brachte der Telegraph die überraschende Kunde von einem bewaffneten Einbruch der „Chartered Company“ in das Transvaalgebiet. Ein gewisser Dr. Jameson ist jedenfalls, wenn nicht im Auftrage so doch im Einverständnis mit dem Premierminister von Kapland Cecil Rhodes, der auch gleichfalls Präsident der unter dem Namen „Chartered Company“ bekannten, von England privilegierten Gesellschaft von Ausbeutern der Goldfelder ist, mit 900 Bewaffneten, über die Grenze gegangen, um der Buren-Republik den Garau zu machen d. h. sie einfach für England zu annektiren. Dieser unerhörte Gewaltstreich des verwegenen Freibeuters, hat natürlich die politische Welt in eine hochgradige Erregung versetzt. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist mehr denn je nach Südafrika gelenkt.

Ueber die Verhältnisse im Transvaal schreibt die „Leipz. Volksztg.“ informirend:

„Ein Weltreich, in dem die Sonne nie untergeht, hat große Vortheile, aber auch den Vortheilen entsprechende Unannehmlichkeiten, wie die Engländer von Zeit zu Zeit erfahren müssen. Ihr kleines Inselreich in Europa, das Vereinigte Königreich, ist kompakt und isolirt, hatte keine Nachbarn außer den Wellen des Meeres, und die Engländer haben deshalb keine Veranlassung und zeigen auch wenig Lust, sich in die kontinentalen Handel einzumischen. Dagegen giebt ihnen ihr gewaltiges, über alle Welttheile verbreitetes Kolonialreich genug, zu schaffen, wie gerade jetzt wieder der Streit um das Transvaal zur Genüge zeigt. Die holländische Burenrepublik in Südafrika, die als Transvaal bekannt und durch die fabelhaft reichen Goldlager am Rand bei Johannesburg zu großer Wichtigkeit gelangt ist, verdankt ihre Gründung dem unauslöschlichen Haß seiner Bewohner gegen die Engländer.

Dieser Umstand giebt dem gegenwärtigen Konflikt seine große Bedeutung. Das Transvaal wurde bevölkert von holländischen Buren, die in großer Zahl die Kapkolonie verließen, als dort die englische Regierung die holländische verdrängte. Diese Buren „trekften“ zuerst nach dem Gebiet, das heutzutage als Natal bekannt ist und suchten sich dort festzusetzen. Aber die Engländer waren ihnen auch hier zuvorgekommen und um den ewigen Konflikten und blutigen Kriegen mit den englischen Kolonisten aus dem Wege zu gehen, die das Küstengebiet besetzt hatten, während die Buren über das Hinterland mit ihren Farmen sich verbreiteten, machten sich diese in den vierziger Jahren abermals auf, überschritten den Fluß Vaal und suchten in dem fruchtbaren Veldt, das im Norden vom Limpopo-Fluß, im Osten von dem Drakensberg, im Westen von Kalahari und im Süden vom Vaal-Fluß begrenzt ist, eine neue Heimath; diese mußten sie sich jedoch erkämpfen, und erst als die von dem kriegerischen Häuptling Mosekatsa befehligten Horden besiegte und über den Limpopo-Fluß geworfen waren, konnte die Burenrepublik im Transvaal organisiert werden. Das geschah in 1852 unter dem Präsidenten Pretorius, der der Hauptstadt seinen Namen gab. Er war ein tüchtiger, thatkräftiger Mann gewesen.

Von da an wurde die Burenrepublik der Sammelplatz aller holländischen, mit der englischen Verwaltung unzufriedenen Elemente. Jeder Bure suchte sich eine große Farm von etwa 10000 Acres aus und unter pastoralen Beschäftigungen, zu denen das Veldt sich besonders eignete, entwickelte sich hier in größter Ruhe und Abgeschlossenheit ein konservativer patriarchalischer Freistaat, dessen Bewohner durch dieselbe Religion, dieselbe Stammesangehörigkeit und demselben Haß gegen die Engländer zusammengehalten wurden. Weitere Bande brauchten sie nicht. Aber man gehe wohin man will, an die äußersten Enden der Erde, und der Engländer kommt doch. Im Süden des Transvaal, im Griqualand, wurden Diamanten gefunden; die Entdeckung der Goldlager in den Lydenburgbergen im Norden folgten. Ein Verkehr stellte sich ein und mit ihm auch der unvermeidliche, goldsuchende, länderruhige Engländer.

Das Transvaal ist ein verhältnißmäßig großes Gebiet. Es hat eine Ausdehnung von 121850 englischen Quadratmeilen, ist daher halb so groß als die Kapkolonie, dreimal so groß als der Orange-Freistaat (ebenfalls eine Burenrepublik) und siebenmal so groß als die Kolonie Natal. Es ist etwa um 7000 Quadratmeilen größer als das Königreich Italien. Die Unruhen im Transvaal fingen mit dem Erscheinen der Engländer an, weil die Straßen zwischen dem Diamantendistrikt und den Goldlagern das Land durchkreuzten. Europäische Kolonisten strömten langsam aus den benachbarten Kolonien; englische Zeitungen erschienen in Pretoria und in Potchefstroom. Die Burenregierung mußte mit diesen neuen Elementen rechnen. Zu gleicher Zeit fühlte man auch im Burenstaat die Nothwendigkeit, sich mit der Außenwelt mehr in Verbindung zu setzen. Es handelte sich darum, eine Bahnlinie nach der portugiesischen Delagoa-Bay zu errichten. Aber die Buren hatten kein Geld. Es war um diese Zeit, Ende 70er Jahre, daß der damalige Präsident Burgers nach Europa kam, um zum Zwecke des Bahnbaues eine Anleihe von 6 Mill. Mark aufzunehmen. Die Sicherheit sollten 500 Farmen von je 6000 Acres sein. Die Unterhandlungen zerbrachen sich und das Transvaal befand sich in einer schlimmen finanziellen Lage; es hatte einen Verlust von 1800 000 M. erlitten.

Diesen Augenblick hielten die Engländer für günstig, ihre Hände nach dem Freistaat auszustrecken. Das Transvaal war bankrott; die Negervölker ringsum, die Zulukaffern besonders, hatten die Buren wiederholt geschlagen und bedrohten das Land, bis die Engländer unter Lord Chelmsford den Ketschwago besiegten. Ein Theil der Einwohner von Pretoria wandte sich an England und bat um englischen Schutz. Das englische Element fühlte sich stark genug um hervorzutreten; das Land wurde förmlich von England annektirt. Aber die englische Oberherrschaft war nicht von sehr langer Dauer.

Im Jahre 1881 brach der Burenaufstand aus; unter dem Triumvirat Krüger, Soubert und Smit, erklärten die Buren die Unabhängigkeit des Transvaal, verjagten die englischen Beamten und schnitten die Stange nieder,

an der in Pretoria der Union Jack flatterte. Englische Truppen zogen aus der Kolonie Natal über den Vaalfluß in das Transvaal ein; am Majabuhügel trafen sie mit den vom General Smit befehligten Buren zusammen; die Rothröcke, zumißt junge, unerfahrene Soldaten, wurden von den holländischen Scharfschützen aus sicherem Versteck getödtet; ihr General fiel. Und Gladstone, der damals in England auf der Höhe seiner Macht stand, gab den Buren ihre politische Unabhängigkeit zurück; es war das geschiedteste, das er thun konnte, aber in Südafrika und in England gab es damals viele Leute, die behaupteten, daß der englische Premier aus verfehlter Großmuth die Gelegenheit sich aus den Händen gleiten ließ, den Burenstaat zu erdrücken und die englische Suprematie in Südafrika zu befestigen. Aber jede englische Regierung muß in ihren Maßregeln mit dem holländischen Element rechnen; dieses ist in der Kapkolonie besonders stark und wenn Gladstone nicht in 1881 den Transvaal-Buren die Unabhängigkeit zurückgegeben hätte, wäre wahrscheinlich die Kapkolonie, wo das holländische Element offen mit den Buren sympathisirte, der englischen Krone verloren gegangen.

Die jetzige Krisis, die in dem Einfall des Dr. Jameson an der Spitze von 900 Reitern in Transvaal gipfelt, ist womöglich ernster und folgenschwerer als die Krisis von 1881. In jenem Jahre wurde Paul Krüger zum Präsidenten der Republik gewählt und in Uebereinstimmung mit dem konservativen Charakter seiner Buren, denen er die erkämpfte Heimath frei und unabhängig erhalten will, hat er die Verwaltung des Landes in einer Weise geleitet, die thatächlich alle fremden Elemente von der Theilnahme an der Regierung ausschließt. Diese Fremden oder Uitlanders wohnen hauptsächlich im Johannesburg-Distrikt, dessen Goldlager Männer aller Nationalitäten, aber vorzugsweise Engländer, angezogen hat. Die Uitlanders in ihrem Verlangen nach konstitutionellen Rechten zu unterstützen, hat der Dr. Jameson seinen Zug unternommen. Dem Paul, wie der Präsident des Transvaal von seinen Stammesgenossen genannt wird, soll nicht abgeneigt sein, eine Verschmelzung der ausländischen Elemente mit dem Buren-Element herbeizuführen, aber nur allmählich. Der einzige Mann, der eine derartige Revolution herbeizuführen könnte, ist der Präsident Krüger selbst, der zwar dem Wortlaut der Konstitution zufolge weniger Macht besitzt als irgend ein anderer konstitutioneller Herrscher, aber dank seiner Persönlichkeit über die Buren einen unumschränkten Einfluß ausübt. Er ist in That und Wahrheit der Diktator des Transvaal. Für die englische Regierung ist dieser neue Konflikt von weittragender Bedeutung. Seit Jahren haben sich die englischen Kolonialsekretäre bemüht, in Südafrika einen Staatenbund zu gründen, der unter englischer Oberhoheit die reichsten und fruchtbarsten Distrikte der englischen Krone zu fortwährendem Besitz sichern sollte. Die Lords Cornorvan und Kimberley haben, jener unter einem konservativen, dieser unter einem liberalen Prime-Minister, darauf hin gearbeitet. In England hoffte man, daß die Transvaal-Republik sich der friedlichen Annexion durch den britischen Kapitalismus nicht erwehren könne. Es ist nun doch anders gekommen. Für das deutsche Volk ist dieser Konflikt aus zwei Gründen interessant. Der Präsident Krüger hat von jeher mit der deutschen Regierung freundliche Beziehungen unterhalten. Und das deutsche Element, das in Johannesburg sehr stark ist, wird in dem Ausstand für die eine oder andere Partei eintreten müssen. Es ist nicht unmöglich, daß die englische Suprematie in Südafrika infolge der Vorgänge im Transvaal zu Falle kommt. Und diese Suprematie sollte sich, den Träumen des Cecil Rhodes zufolge, von der Kapstadt bis nach Aegypten erstrecken.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Autorität der Monarchie soll durch Androhung und Verhängung von Strafen wegen „Majestätsbeleidigung“ geschützt werden. Welche Wirkung dieser „Schutz“ hat, lehrt folgende Statistik:

Wegen Majestätsbeleidigung sind im Jahre 1894 622 Personen verurtheilt worden; davon waren 11 noch nicht 18 Jahre alt. Die Zahl der Verurtheilungen wegen dieses Vergehens war gestiegen von 483 im Jahre 1889 auf 591 im Jahre 1893. Im Jahre 1895 dürfte das Tausend voll geworden oder gar überschritten sein.

Diese Statistik dürfte bei Verhandlung des die Abschaffung der Majestätsbeleidigungs-Paragrafen betreffenden Antrages der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage gebührende Verwendung finden. Wenn alle die Majestätsbeleidigungen, die in „gutgesinnten“, „königstreuen“ Kreisen bezangen werden, mit zur Aburtheilung gelangten, so würden noch etliche Tausend Verurtheilungen mehr herauskommen. Vielleicht verweisen uns die „Staatsbehörden“ auf die Thatsache, daß es Länder giebt, in denen Majestätsbeleidigungen viel schlimmer geahndet werden. In Dahomey in Afrika z. B. wird geköpft. Das Verfahren ist einfach und glatt. Auch giebt es eine afrikanische Legende, die Beranger-Ferand erzählt und in der ein König von Senegambien folgende Rede an sein Volk hält: „Ich bin der Mächtigste, mächtiger als Gott selbst. Niemand darf meinem Willen widerstehen. Ich will der Gott des Landes sein und Ihr sollt mich als Allah und Muhammad jetzt zu mir beten. Anstatt Euch nach Osten zu wenden, wenn Ihr betet, sollt Ihr Euch nach meinem Palaste zu wenden. Wer nicht gehorcht, wird sofort getödtet.“ Und von da an betete das bestürzte Volk gegen den Palast gewendet.

Nachträgliches vom Prozeß Braunweiler. Der Prozeß Braunweiler war reich an interessanten Einzelheiten. Einige derselben, welche weniger in der mündlichen Verhandlung zu Tage traten, hebt die „Rhein. Ztg.“ noch hervor, weil sie bei der eingelegte Revision eine gewisse Rolle spielen.

1. Der Zeuge Bührenich, früher Aufscher in Braunweiler, jetzt Schreiber bei der Staatsanwaltschaft in Köln, machte bei seiner vor dem Untersuchungsrichter erfolgten eidlichen Vernehmung Herrn Schellmann stark belästigende Aussagen. Darauf wurde Bührenich von dem Assessor bei der Staatsanwaltschaft, Herrn Schell, hierüber nochmals vernommen. Das Resultat dieser Vernehmung war, daß Bührenich erklärte, das von ihm unterschriebene Protokoll seiner eidlichen Vernehmung beruhe auf einer irthümlichen Auffassung des Untersuchungsrichters über seine Aussagen. Hierbei blieb er auch bei einer nochmaligen eidlichen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter, sowie in der Hauptverhandlung.

2. Der Zeuge Schäfer, früher Arbeitsinspektor in Braunweiler, jetzt Sekretär bei der Landesdirektion in Düsseldorf, machte bei seiner eidlichen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Düsseldorf Herrn Schellmann belästigende Aussagen. Darauf wurde Schäfer nochmals von seinem Vorgesetzten, Herrn Landesrath Foerster vernommen. Das Resultat dieser Vernehmung war die Erklärung Schäfers, das von ihm als richtig unterschriebene Vernehmungsprotokoll beruhe auf einer irthümlichen Auffassung der Aussagen seitens des Untersuchungsrichters. Hierbei blieb Schäfer auch bei seiner nochmaligen eidlichen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter.

3. Dem Zeugen Schellmann, Direktor der Arbeitsanstalt Braunweiler, wurden die Ergebnisse der Vernehmungen der anderen Zeugen in der Voruntersuchung zur Kenntnissnahme und Rückäußerung mitgetheilt.

4. Die Mißhandlung von Hänslingen, wegen deren der Zeuge Choplewsky, früher Aufscher in Braunweiler, angeklagt und am Morgen vor dem Beginn des Prozeßes Schellmann zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, waren Herrn Schellmann bereits seit etwa zwei Jahren bekannt, ohne daß, bevor Choplewsky als Zeuge in der Klage gegen Hofrichter genannt wurde, gegen ihn Anzeige erstattet worden wäre.

Der Gastwirth aller Deutschen, Herr Bodeck in Berlin, schüttet in seinem „Deutschen Volksrecht“ sein gequältes Verlegerherz aus. Was er von seinem undankbaren Redakteur, dem von ihm höchst eigenhändig verprügelten Herrn Cerny-Stolzing, erzählt, ist weniger von Interesse, als das Klagegedicht, das er über seinen Chefredakteur Böckel anstimmte. Danach kam Böckel Anfangs Juli 1894 zu Bodeck mit dem Ersuchen, wenn ihm nicht schnell mit größeren Summen zur Seite gestanden würde, wäre er auf immer für die Bewegung verloren und müßte er sein Mandat niederlegen. Bodeck (so führt dieser weiter aus) ließ sich, obwohl er sich schon vorher für Dr. Böckel in Hessen bis zum Ruin aufgeopfert hatte, abermals verleiten, Böckel beizuspringen. Mit dem „Volksrecht“ ging es Anfangs ganz leidlich, aber Böckel faßte seine Aufgabe zu leicht auf, er wahrte nicht den streng antijeminitischen Standpunkt des Blattes, verkehrte mit jüdischen Reportern und hatte überhaupt das Bestreben, das Blatt bürgerlich-demokratisch zu gestalten. Bodeck mußte seinen ganzen Einfluß aufbieten, um Böckel zu bewegen, daß er im Reichstage für die Ehrung Bismarck's stimmte. Nun klagt Bodeck, daß das „Volksrecht“ unter Böckel's Leitung hin und her lawirt habe, bald war es demokratisch, bald monarchisch, bald antimonarchisch, bald christlich, bald antichristlich, ja zuletzt war es schon anarchisch geworden, fortwährend stand es mit dem Parteiprogramm in Widerspruch. Zuletzt habe Böckel sich soweit verfliegen, daß er bei den Stadtverordnetenwahlen für Arnold Perls durch das „Volksrecht“ Propaganda machte. Jetzt sei Bodeck erst ein Licht über seinen Freund Böckel aufgegangen und damit es nicht etwa heiße, er (Bodeck) billige das, was Böckel thue, legte er Böckel eine Erklärung zur Unterschrift vor, worin dieser handschriftlich bestätigen sollte, daß er noch wie vor auf dem Boden des Antijeminitismus stehe. Böckel lehnte dies entschieden ab. Darüber kam es zwischen den Beiden zum vollständigen Bruch. — Wie verlautet, ist Böckel die erste Redakteurstelle an einer Berliner unparteiischen Tageszeitung angeboten worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. In der Majestätsbeleidigungssache gegen den Redakteur des Textil-

arbeiters Genossen Albin Reichelt in Burgstädt, hatte die 2. Strafkammer des Landgerichts in Chemnitz für den 31. Dezember Vormittags 9 Uhr eine neue Hauptverhandlung anberaumt, dem Angeklagten aber erst am 28. Dezember die Ladung zugeföhrt. Die wiederum beantragte Vertagung, weil nach § 216, 1 der Strafprozeß-Ordnung zwischen Ladung und Hauptverhandlung mindestens eine Woche Frist liegen muß, wurde abgelehnt, da sich das Gericht auf § 216, 2 stützt. Genosse Reichelt wurde zu acht Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Septemberkur wird in Sachen recht energisch. Was würde wohl Numerius Negidius dazu sagen? — Ein vielfach bestraffter ehemaliger Cigarrenmacher Heinrich Glündermann, hatte im Zuchthause zu Waldheim eine Strafe verbüßt und im Zuchthause beleidigende Aeußerungen gethan, die sich auf die Person des Kaisers bezogen. Als er aus dem Zuchthause entlassen war, muß er benutzigt worden sein, denn nun wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Erst jetzt festgenommen und vor dem Landgericht Chemnitz gestellt, muß er seine unbedachte Aeußerung mit 9 Monaten Gefängniß büßen.

Ueber eine eigenartige Ausnutzung des Alters- und Invalidegesetzes seitens eines Wirtspächters wird dem „B. Z.“ aus der Provinz Posen geschrieben: „Sobald der Arbeiter 70 Jahre alt ist und seine Rente erhält, zieht ihm der Pächter des Gutes K. diesen Betrag vom Lohne ab. Der Arbeiter behält seine Arbeit weiter, muß aber so viel billiger arbeiten, als seine Altersrente ausmacht.“ Hoffentlich handelt es sich um eine einzelne Ungehörigkeit und nicht um eine der vielen patriarchalischen Gewohnheiten agrarischer Nothstandsmacher.

Zur Wahlrechtsreform in Preußen kündigt die „Köln. Volksztg.“ an, daß dem neuen Minister des Innern Freiherrn v. d. Necke im Abgeordnetenhaus bei der Staatsberatung Gelegenheit geboten werden wird, sich darüber zu äußern, wie er über die Reform des Dreiklassenwahlsystems bei den Landtagswahlen wie bei den Gemeinderathswahlen denkt, in welchem Umfange und in welchem Tempo er an diese wichtige und bringliche Angelegenheit heranzutreten beabsichtigt. Die Zusicherungen, welche in dieser Beziehung mehrere Thronreden gemacht haben, dürften doch wohl auch von dem neuen Minister des Innern als bindend erachtet werden. — Der neue Minister hat sich mit seiner Abschiedsrede in Düsseldorf so entschieden zur Kollerei bekannt, daß es doch etwas sehr naiv erscheint, in ihm einen Necken zu Gunsten einer Wahlrechtsreform in Preußen zu erwarten.

Die agrarische Unverfrorenheit ist unvergleichlich. Der landwirthschaftliche Verein in Ostpreußen ersucht den Bund der Landwirthe, im Reichstag einen Antrag einzubringen, der an die Regierung das Ersuchen richtet, die Behörden, namentlich die Eisenbahnbehörden, anzuweisen, bei öffentlichen Arbeiten, Bauten zc. thunlichst nur verheirathete Arbeiter anzunehmen, unverheirathete aber abzuweisen. Auf diese Weise könne dem großen Mangel an männlichen und unverheiratheten Gefinde am besten gesteuert werden. Solche Kapriolen schießen die Junter in ihrer Bier nach wohlfeilen „Händen“.

Gegen den Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb richtet sich eine Eingabe der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft an den Reichstag, in der in erster Linie das geplante Gesetz als entbehrlich bezeichnet, und in zweiter Linie, für den Fall der grundsätzlichen Annahme des Entwurfs, die Abänderung einer Reihe von einzelnen Bestimmungen desselben verlangt wird. Diese Abänderungen waren von der Sachverständigen-Kommission für gewerbliche Angelegenheiten den Aeltesten empfohlen worden und decken sich im Wesentlichen mit der von den Aeltesten an dem Vorentwurf im März 1895 geübten Kritik, soweit die letztere in der Reichstagsvorlage noch nicht berücksichtigt worden ist.

Auch eine „Erpressung“! Am 13. Januar soll sich Genosse Dertel in Nürnberg wegen einer angeblichen „Erpressung“ vor der Strafkammer verantworten. Dertel suchte bei den bekannten Marschütz'schen Streike zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu vermitteln und aus gewissen dort gefallenen Aeußerungen soll die „Erpressung“ konstruirt werden. — Auch in Bayern scheint man nervös zu werden.

Unser „humanes“ Zeitalter, das die bürgerliche Presse nicht genug rühmen kann, nimmt sich in der Wirklichkeit ganz anders aus. Die „Rheinische Zeitung“, unser kölnisches Bruderorgan, das sich um die Aufdeckung der fürchterlichen Zustände in Braunweiler so verdient gemacht hat, bringt jetzt einige nähere, interessante Einzelheiten über die „Zuchtmittel“, welche in den Arbeitshäusern gebraucht werden. Es heißt da:

Cachots sind die Zellen, in denen der Nacht-, sowie auch der regelmäßige Arrest, welcher bis zur Dauer von 6 Wochen ausgedehnt werden kann, verbüßt werden muß. Das Cachot ist eine ca 2 1/2 Meter lange und hohe und 1 1/2 Meter breite Zelle. Der Boden mit festen Brettern gebildet. Die ganze Ausstattung dieses Raumes bildet der hineingebrachte Sträfling, welcher außer den Kleidern, die er am Leibe hat, nur noch eine Wockdecke erhält. Von der Schwere einer derartigen Strafe kann sich der, welcher nie eine Nacht in ähnlicher Lage zugebracht, nur schwer einen Begriff machen. An geregeltem Schlaf ist nicht zu denken. Der Kopf findet keinen Stützpunkt, auf dem er ruhen kann, während bei ausgestreckter Lage auf dem flachen harten Boden das zu Kopf bringende Blut den Käftenden aufscheucht, bis er von Müdigkeit übermannt sich wieder hinstrickt, um bald wieder auf's Neue emporgetrieben zu werden. Nun denke man sich einen Menschen, dessen Nahrung tagsüber aus Brot und Wasser bestand, nach solcher Nachtruhe anderen Tages wieder zur

Arbeit angehalten. Wird er auch nur den geringsten Anforderungen Genüge leisten können? Muß durch solche Maßnahmen nicht selbst eine eiserne Gesundheit untergraben, ja gänzlich ruiniert werden?

Im Cachot wurde auch die aus einer Gummischnur bestehende Peitsche, der Rohrstock, der Gummischlauch und das vorher im Wasser geweichte „Seilchen“ geschwungen.

Die Zwangsjacke ist in zwei verschiedenen Exemplaren vorhanden; die eine, aus starkem Leinen bestehend, ist die in allen Irrenanstalten übliche, wie man sie dort bei toblüchtigen Geisteskranken anwendet. Die andere dagegen sieht einem aus einer mittelalterlichen Folterkammer entstammenden Marterinstrument ähnlich. Sie besteht aus einem den ganzen Oberkörper umfassenden Lederstück von dickem Sohlleder. An den beiden Seiten laufen zwei circa vier Zentimeter breite Eisenstienen entlang. Die Arme werden fest an den Körper angelegt und dann werden mittels kräftiger Riemen und Schnallen Brust und Glieder fest zusammengeschnürt. Dr. Löwenstein beschreibt in einer Studie über Braunweiler die furchtbare Wirkung dieses Instruments folgendermaßen:

„Seine Wirkung ist gradezu furchtbar. Dem so Gebändigten bricht der Angstweiß aus allen Poren und die Gefahr für Gesundheit und Leben ist so groß, daß während der Dauer der Anlegung stets zwei Personen zur sofortigen Hülfsleistung bei ihm bereit stehen müssen. Eine Stunde Zwangsjacke genügt, um selbst in der unbedingtesten Natur für geraume Zeit jede Widerstandsfähigkeit zu brechen.“

Das Gewicht der sohlledernen, eisenbeschienten Zwangsjacke beträgt circa 30 bis 40 Pfund! Man kann sich also denken, welche Tortur das Tragen einer solchen um den Brustkasten gepreßten Würde für schwächere Personen bildet.

Der Maulkorb, obschon durch Ministerial-Reskript im Jahre 1871 verboten, wurde, da dieses Verbot merkwürdigerweise weder den leitenden Beamten in Braunweiler, noch der Landesdirektion in Düsseldorf als Aufsichtsbekanntmachung bekannt war, fleißig gebraucht, bis im vorigen Jahre, der durch denselben herbeigeführte Tod der Korrigentin Wodtke und die sich daran anknüpfende Gerichtsverhandlung das Verbot herbeiführte und dadurch der weiteren Anwendung dieses Marterinstrumentes ein Ziel setzte. Der Maulkorb besteht aus steifem Leder. Ein Stück geht unter dem Kinn weg, daß es beim Festschnallen auswärts fest gegen den Oberkiefer drückt. Ein Mundstück verschließt den Mund fest und die Nase zum Theil. Der ganze Apparat wird mittels Riemen und Schnallen fest zugezogen.

Soweit die „Rheinische Ztg.“. Ob man glaubt, daß solche Zuchtmittel erzieherisch wirken? — Wir nicht. Wir halten aber auch die Zuchtmittel für unhuman und für unser Zeitalter unpassend.

Dänemark.

Die dänische Sozialdemokratie hat, wie der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ am Jahreschlusse hervorhebt, im abgelautenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Das hervorragendste Ereigniß war die Folkething's-Wahl am 9. April, die unter einer neuen, den Unbemittelten ungünstigen Wahlkreis-Eintheilung stattfand und trotzdem mit großen Erfolgen der Sozialdemokratie abschloß. Die 21 aufgestellten Kandidaten der sozialdemokratischen Partei erhielten nämlich im Ganzen 25029 gegen 20098 Stimmen bei den Wahlen von 1892, 8 Kandidaten wurden gewählt und meist mit sehr großen Majoritäten. Für die Stimmzahl ist noch zu beachten, daß an vielen Orten die Sozialdemokraten keine Kandidaten aufgestellt hatten und mit den Radikalen stimmten. Kopenhagen mit seinen 13 Wahlbezirken wird schon bei den nächsten Wahlen von der Sozialdemokratie ganz erobert werden. Jetzt fehlen noch 4 Wahlbezirke, die die Rechte inne hat. Die dänische Sozialdemokratie ist immer für soziale Reformen eingetreten, aber erst in diesem Jahre konnte sie auf Grund ihres Anwachsens praktische Resultate erzielen. So wurde vom Folkething eine Resolution angenommen, daß die Regierung bei Ausbietung von Staatsarbeiten Veranstaltungen in Uebereinstimmung mit dem Geist der sozialistischen Forderungen treffen müsse. Ferner ist dem Parlament ein Vorschlag auf Durchführung des Achtstunden-Arbeitstages, auf Einführung der geheimen Abstimmung, für eine allgemeine Unfallversicherung und das Verbot der Sonntagsarbeit in den Bäckereien zugegangen, von denen drei bereits lebhaft debattirt sind und die allgemeine Aufmerksamkeit diesen Fragen zugewandt haben.

Bei den Bürgerrathswahlen gelang es zwar der Partei nicht, ihre Kandidaten durchzubringen, aber der Fortschritt in der Stimmzahl war ein sehr bedeutender. Während die Rechte 1892 11553 Stimmen und die Opposition nur 7357 Stimmen zählte, gingen die Stimmen der Rechten diesmal auf 10048 zurück, während die der Opposition auf 8941 stiegen. Bei den Gemeinderathswahlen in Amager, Sundby und Taarnby erzielte die Partei große Erfolge, und namentlich in Taarnby wurden nur Parteimitglieder oder Männer, die ihr nahe stehen, gewählt. Auch in Randers wurde ein Sozialdemokrat in den Gemeinderath gewählt.

Groß war die Zahl der Agitationsversammlungen und Vorträge, namentlich auch auf dem Lande, unter denen in erster Reihe die finnische Arbeiterversammlung in Nyborg am 7. Juli, die seeländische in Roskilde am 14. Juli und die jütische in Randers am 28. Juli Erwähnung verdienen.

Förderlich war auch die Errichtung eines neuen sozialdemokratischen Versammlungsgebäudes, das am 23. November eingeweiht wurde.

Erwähnt möge schließlich noch sein, daß das dänische Parteiorgan im letzten Jahre bis auf 27 000 Abonnenten stieg, wodurch es die verbreitetste Zeitung Dänemarks wurde.

Spanien.

Im Ministerrath theilte der Ministerpräsident Canovas mit, daß in weniger als zehn Monaten seit Beginn des Aufstandes auf Cuba an Kriegskosten über 250 Millionen Pesetas, d. i. eine Million täglich, verausgabt worden seien. Der von der Banca Espana bewilligte Vorschuß von 50 Millionen sowie weitere 25 Millionen, die im Februar erhofft werden, entheben die Regierung der Finanzsorgen auf einige Monate hinaus.

Rußland.

Massenverhaftungen in Petersburg. Dem „Vorw.“ geht über die gestrige Nachricht folgende Mittheilung zu: „Die Einzelheiten der in der gestrigen Nummer des „Vorw.“ aus dem Wiener „Extrablatt“ abgedruckten Mittheilung über Massenverhaftungen von Sozialisten sind Phantasieprodukte, wahr ist aber, daß vor 14 Tagen in Petersburg mehrere Personen verhaftet worden sind und angeklagt werden, unter den Arbeitern sozialdemokratische Propaganda geführt zu haben. Nach einer uns aus Petersburg zugegangenen Mittheilung sollen 20 Arbeiter und 30 zur „Intelligenz“ gehörende Personen verhaftet worden sein. Unter den letzteren sind die meisten nicht Studenten, sondern Leute von selbständiger Lebensstellung.“

Amerika.

Ein amerikanischer Prediger über den Sozialismus. Pastor Stratweither hielt vor einigen Wochen in der Methodistenkirche in Cincinnati vor einer zahlreichen Zuhörerschaft eine Predigt, in welcher er über Christenthum und Sozialismus einen Vergleich anstellte. Er redet dem Sozialismus mehr das Wort, als es bis jetzt von solcher Seite vernommen worden ist. Der Pastor sagte: „Jeder denkende Mensch scheint nach und nach zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß etwas hier auf Erden außer Ordnung ist und daß Wandel geschaffen werden muß. Ich wurde vor Kurzem gefragt, ob ich nicht ein Sozialist sei, und ich gab die Antwort, daß ich sicher mich dem Sozialismus zuneige. Drei Jahre lang war ich in Pullman, Ill., anständig, und wer gesehen, was ich dort gesehen, wird die Pullmanarbeiter nicht tadeln, weil sie einen Streik inszenierten. Wenn Leute einen ganzen Monat arbeiten und sodann nur Checks von sieben Cent für ihre Mühe ausgestellt erhalten, wie dies thatsächlich geschehen, so ist es Zeit zum Protestiren. Amerikanische Arbeiter sollten sich nicht gefallen lassen, daß ihnen ihr Geld für Mithet, Licht, Wasser, Lebensmittel so nach Gutdünken von einer Privatkorporation vorenthalten wird; sie haben ein Recht, zu verlangen, daß ihnen ihr voller Lohn ausbezahlt wird, damit sie nach Gutdünken damit schalten können.“ — Der Reverend führte dann weiter aus, es nütze nichts, der auf dem ganzen Erdenrunde immer mehr anschwellenden Bewegung der arbeitenden Bevölkerung auf Verbesserung ihres Loses gegenüber den Vogel Strauß zu spielen und den Kopf in den Sand zu stecken; ebenso wird die Kirche dadurch, daß sie die Dinge, wie sie bestehen, nicht beachtet, den schließlichen Sieg des Sozialismus nicht aufhalten können. Der Sturm wird sicher kommen; indeß, wenn er vorüber ist, wird, wie nach einem jeden Gewitter, die Luft um so reiner sein. Der Privatkapitalismus sei abzuschaffen, damit wir Alle zu Kapitalisten werden können, damit Jedermann in den Stand gesetzt wird, zu arbeiten und zu ernten. Ein jeder Christ sollte sich mit einem eingehenden Studium der vorliegenden Probleme befassen und in der einen oder anderen Art Stellung nehmen. Nichts sei unwürdiger, als überhaupt keine Ansicht, kein Urtheil zu haben.“

Äfrika.

Aus Transvaal wird gemeldet, daß Dr. Jameson vor Johannesburg eine vollständige Niederlage erlitten hat. Er verlor 22 Verwundete, darunter 3 Offiziere und 5 Tödtete. Die Buren machten 200 Mann Gefangene. An Jameson selbst soll bereits eine Lynchjustiz geübt worden sein, und zwar durch Verbrennung. (?)

Die südafrikanische Chartered Company mobilisiert, wie unterm 3. d. Mts. aus London gemeldet wird, weitere Truppen, d. h. Freireiterbanden. Der Dranjefreitstaat (der Dranje-Freitstaat ist eine von England unabhängige Republik im südöstlichen Winkel des großen südafrikanischen Hochlandes, mit einer Bevölkerung von 207 503 Köpfen und einem Kriegsaufgebot von 17 500 Mann) erklärte sich bereit, den Buren zu helfen und verständigte den Präsidenten Krüger, daß 1600 Bürger zehn Meilen vom Kanalsfluß zu seiner Verfügung bereit ständen.

Die Eisenbahnlinie zwischen Krügersdorf, wo das Gefecht gegen Jameson stattgefunden hat, und Johannesburg ist aufgegriffen.

Der Schandstreich war von Cecil Rhodes seit langem vorbereitet. Präsident der famosen Südafrikanischen Gesellschaft, als deren Abgelandter Jameson operirte, ist der Schwiegervater der Königin Viktoria, der Herzog von Fife, der jetzt auf Wunsch der Schwiegermutter sein Amt niedergelegt haben soll.

Lübeck und Nachbargebiete.

6. Januar.

Städtische Gasanstalten. Die Ausstellung von Gas-Roch- und Heizapparaten von Seiten der städtischen Gasanstalten im Hause Hostenstraße Nr. 10 ist von heute Montag, den 25. d. Mts. ab werktätlich von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags

2 Uhr und von Nachmittags 4 Uhr bis Abends 8 Uhr geöffnet.

Die Verordnung, betr. die Ausführung des Reichsgegesetzes vom 18. Juni 1895, über die Privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt, wird vom Senat im gestrigen Amtsblatt veröffentlicht.

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. I, am Mittwoch, den 8. Januar 1896, wird das gegenseitige Testament des hieselbst am 18. Dezbr. verstorbenen Schriftsetzers Johannes Heinrich Ludwig David verlesen werden.

Straßenpflasterungen. Die durch Rath- und Bürgerschaft vom 16. Dezember 1895 zur Ausführung im laufenden Jahre genehmigten Pläne und Kostenanschläge zur 1) Neupflasterung im Fegeseuer; 2) Neupflasterung der St. Annenstraße, der Halauerföhr und der Schlu-macherstraße von der Mühlenstraße bis zur Fleischerstraße; 3) Neupflasterung der südlichen und westlichen Fahrbahn auf dem Klingberg und des Platzes um den Springbrunnen; 4) Neupflasterung der Straße zwischen den Anlagen vor dem Bahnhofe und den Holstenthorshäusern; 5) Neupflasterung der unteren Beckergrube von der Untertrave bis zur Böttcherstraße sollen zur vorgängigen Kenntnishaftung der betreffenden Anwohner in der Zeit vom 6. bis einschließlich 11. Januar d. J. von 11—1 Uhr Mittags im Stadtbaubureau Zimmer Nr. 8 ausgelegt werden.

Nachfolgende Bekanntmachung die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Stammrolle betreffend wird unterm 1. Januar von der Erbschaftscommission im hiesigen Amtsblatt veröffentlicht. Darnach sollen die im Jahre 1876 geborenen Militärpflichtigen und diejenigen aus den älteren noch in Betracht kommenden Jahresklassen sich in der Zeit vom 15. bis zum 31. Januar 1896, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, in Lübeck im Geschäftszimmer der Erbschaftscommission (Mühlentstraße Nr. 72, Zimmer Nr. 8) zur Stammrolle anzumelden. Für die Anmeldung gilt folgender Geschäftsplan.

- 1) am Mittwoch, den 15. Januar für die Militärpflichtigen aus Traventünde und den Landgemeinden Vroben, Dummersdorf, Gruversdorf, Gohmund, Herrenwold, Israelsdorf, Jvondorf, Klöcknitz, Kövpendorf, Mönnau, Schlutup, Siems, Tentendorf und Westorf,
- 2) am Donnerstag, den 16. Januar für die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Curau, Dissa, Geutin, Krumbek, Malkendorf, Moising, Moorgarten, Neudorf und Neede,
- 3) am Freitag, den 17. Januar für die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Veidendorf, Hankenke, Cronsförde, Grummische, Dückelsdorf, Nieder-Büßau, Ober-Büßau, Schattin, Sirkrade, Streckrit, Utecht, Vorrade und Wulfsdorf,
- 4) am Montag, den 20. Januar für die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Absfelde, Behndorf, Giesendorf, Garm-dorf, Holfenbeck, Krempezdorf, Nisse, Poggensee, Nigerau, Schön-bäden, sr. Schrestaten, fl. Schrestaten, Tramm und Vorwerk,
- 5) am Dienstag, den 21. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben A, B, C, D oder E anfängt,
- 6) am Mittwoch, den 22. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben F, G oder H anfängt,
- 7) am Donnerstag, den 23. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben I, K oder L anfängt,
- 8) am Freitag, den 24. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben M anfängt,
- 9) am Sonnabend, den 25. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben N oder O anfängt,
- 10) am Montag, den 27. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben P, Q oder R anfängt,
- 11) am Dienstag, den 28. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben S anfängt,
- 12) am Mittwoch, den 29. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben T oder U anfängt,
- 13) am Donnerstag, den 30. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben V oder W anfängt,
- 14) am Freitag, den 31. Januar für die Militärpflichtigen aus der Stadt Lübeck und den Vorstädten St. Gertrud, St. Jürgen und St. Lorenz, deren Name mit dem Buchstaben X, Y oder Z anfängt.

Zur Anmeldung sind verpflichtet alle Militärpflichtige, welche ihren dauernden Aufenthalt im Lübeckischen Staatsgebiete haben, und zwar sowohl diejenigen, die im Jahre 1876 geboren sind, wie diejenigen aus den älteren Jahresklassen, sofern diese noch keine endgültige Entscheidung in Betreff ihrer Militärpflicht erhalten haben. Von der Anmeldung sind befreit diejenigen Militärpflichtigen, welche mit einem Berechtigungscheine zum einjährig freiwilligen Dienst oder mit einem befördernden Auslandsbewilligung versehen sind. Bei der Anmeldung zur Stammrolle haben diejenigen Militärpflichtigen, welche im Lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtschein vorzuzeigen. Dieser wird vom Standesamte kostenfrei ertheilt. Sollten Militärpflichtige, welche hier zur Anmeldung verpflichtet sind, zur Zeit von hier abwesend sein, so haben deren Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherren die Verpflichtung, dieselben hier zur Stammrolle anzumelden. Militärpflichtige, welche sich schon vor einer Erbschafts-Behörde gestellt haben, müssen ihren Boosungsschein mitbringen. Wer diese vorgeschriebene Meldung zur Stammrolle unterläßt, wird nach § 25 der Wehr-Ordnung mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Die verkäumte Meldung ist nach-zuholen.

Offenbarungseid. Nachstehend benannte Personen haben im Monat Dezember 1895 vor dem hiesigen Amtsgericht den Offenbarungseid geleistet: 1) Appel, Chr., Dampf sägebesitzer in Lübeck; 2) Krüger, W., Gutbesitzer, früher in Putlos, jetzt in Lübeck; 3) Schwarz, Johann Wilhelm, Dienstknecht, in Curau; 4) Schacht, Tischler, in Lübeck, Klappenstraße 11; 5) Süsske, F. W. S., Bau-unternehmer in Lübeck; 6) Otto, Sergeant bei der 12. Komp. 2. Hanseat. Infanterie-Regiment Nr. 76 in Lübeck; 7) Sachse, Wittve des Schneidermeisters F. Sachse, in Lübeck.

Vom Schaltjahr. Das Jahr 1896 ist bekanntlich ein Schaltjahr, und da sich die Schaltjahre alle vier Jahre folgen, so müßte das nächste Schaltjahr das Jahr 1900 sein. Das ist aber nicht der Fall, obwohl die Zahl, der alten Schaltregel nach, sich durch vier theilen läßt, ohne einen Bruchtheil zu lassen. Unsere Erd- und Sonnenjahre rechnen sich, wie man weiß, nach der Zeit des Umlaufs der Erde um die Sonne. Die Länge dieser Zeit wurde vor Jul. Cäsar zu 365 Tagen angenommen, also um 5 Stunden 48 Minuten und 45 Sekunden zu kurz. Da dies beinahe 6 Stunden oder $\frac{1}{4}$ Tag ausmacht, so verordnete Julius Cäsar, daß auf je drei gemeine Jahre von 365 Tagen ein Schaltjahr von 366 Tagen folgen und in einem solchen dem Monat Februar ein Tag zugelegt werden sollte, damit der bürgerlichen Ordnung wegen die Jahreszeiten stets in dieselben Monate fielen. Den danach eingerichteten Kalender nennt man bekanntlich den Julianischen. Aber auch er stimmt nicht genau mit dem wirklichen Sonnenjahre überein. Denn da er 11 Minuten 15 Stunden zwiefel einschaltet, was in 400 Jahren etwa 3 Tage ausmacht, und im Jahre 1582 nach Christi Geburt schon 10 Tage betrug, so daß der Frühling anfang nicht auf den 21., sondern auf den 11. März fiel, so verordnete Papst Gregor XIII., daß man nach dem 4. Oktober nicht den 5., sondern den 15. schreiben sollte, und daß in 400 Jahren drei Schalttage ausgefallen werden sollten. Es sollte demnach jedes vierte Jahr ein Schaltjahr sein mit Ausnahme der Säcularjahre 1700, 1800, 1900 und so fort, deren Einheiten 17, 18, 19 sich nicht durch 4 ohne Rest theilen lassen. Das Jahr 2000 wird dann wieder ein Schaltjahr sein, und weiter 2400 und 2800.

H. E.

Wer ist der Eigentümer? Drei silberne Theelöffel sind dem Polizeiamte eingeliefert. Die Löffel tragen die Marke „Niemeyer“ und sind anscheinend muthwillig verbeut; jedenfalls rühren die Theelöffel von einem Diebstahl her.

Straffammer. Sitzung vom 4. Januar. Ueber die am 10. Dezember in Dückelsdorf vorgekommene Affaire wurde am gestrigen Tage verhandelt. Angeklagt waren die Arbeiter K. und N. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und vorsätzlicher Sachbeschädigung. N. außerdem wegen Widerstandes. Durch die Beweisaufnahme wurde folgendes festgestellt: Am Abend des 10. Dezember 1895 kamen die Angeklagten, die in Verentin in Logis lagen, in Begleitung der unverheirateten Strunk in die Wirthschaft von Fied in Dückelsdorf und machten dort eine Beche von 1 Mk. 30 Pfg. Beide Angeklagte gingen dann nach einander fort, der Wirth ging ihnen nach, und forderte Bezahlung. Die Angeklagten lehrten darauf in die Gaststube zurück und forderten neues Getränke. Die St. war inzwischen hinausgegangen. Fied verweigerte den Weiben, bevor die alte Beche bezahlt sei, weitere Getränke. Nunmehr warfen die Angeklagten Fied zu Boden und schlugen beide auf ihn ein. Mit Hülfe seiner Frau gelang es Fied, der sich inzwischen aufgerichtet hatte, die beiden Kaufbolde aus seinem Hause hinauszubringen und die Hausthür zu verschließen. Draußen ergriffen nun die Angeklagten was sie gerade voranden, und schlugen damit die sämtlichen Fenster der Gaststube ein. Insgesamt sind 24 Fensterscheiben eingeschlagen worden. In der Hauptsache wurden zu dem zerstörungswerk ein Spaten und eine Schaufel benutzt. Die Letztere brach vom Stiel ab und wurde später im Hause des Fied'schen Hauses gefunden. Der in Sierts-rade stationirte Schutzmann Graf, welcher sich auf einem Patrouillen-gang befand, und durch den Lärm aufmerksam gemacht, an den Thatort eilen wollte, wurde von K., welcher ihn kommen sah, mit dem Spaten ins Gesicht und auf den Helm geschlagen. Graf trug eine erhebliche Verletzung in der Nähe des Auges davon. Der zweite Schlag wurde durch den Helm, welcher gänzlich demolirt wurde, abgeschwächt. K. machte sich dann auf den Weg nach Verentin, während N. von Dückelsdorfer Einwohnern fest-genommen wurde. Graf veranlaßte am folgenden Tage in Verentin die Verhaftung des N. Ebenso wie der Schutzmann trug auch Fied eine erhebliche Kopfverletzung davon, womit ihm dieselbe beigebracht wurde, konnte jedoch Fied nicht sagen. Graf war 8 Tage dienstunfähig, ebenso mußte Fied 8 Tage das Bett hüten. Beide Angeklagte geben die ihnen zur Last gelegten Thaten zu, wollen aber sinnlos betrunken gewesen sein. K. will sich außerdem an die Sachbeschädigung nicht betheilig haben. Durch die Zeugenansagen wurde festgestellt, daß die Angeklagten nicht betrunken, zum Wenigsten nicht schwer oder sinnlos betrunken waren. Der Staats-anwalt hielt die Anklage in ihrem ganzen Umfange für erwiesen. Er beantragte beide Angeklagte wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und vorsätzlicher Sachbeschädigung, N. außerdem wegen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug zu bestrafen. Gegen K., welcher noch nicht vorbestraft war, wurde eine Gesamtkraft von 6 Monaten Gefängniß, gegen den schon häufig vorbestraften N. eine solche von 2 Jahren und 8 Monaten beantragt. Der Gerichtshof erkannte dem Antrage gemäß. — Zum vierten Male wurde gegen den Geflügelhändler M. von hier wegen Diebstahls verhandelt. M. wurde vom Schöffengericht zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er dem Schulfanben Fr. ein Paar Lauben gestohlen hatte. Die Lauben wurden von M., gegen den Willen des Fr. für ein Paar minderwerthige eingetauscht. In der heutigen Verhandlung wurde die vom Angeklagten gegen das Urtheil des Schöffengerichtes eingelegte Berufung als unbegründet verworfen. Wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug hatte das Schöffengericht den Knecht Z. zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Außer Z. wurden noch 3 andere Ange-klagte wegen Hausfriedensbruchs verurtheilt. Verübt sind die Straf-thaten in der Nacht zum 22. Juli vorigen Jahres auf dem Waisenhof. Während sich die übrigen Angeklagten bei dem Urtheil beruhigt haben, hat Z. gegen dasselbe Berufung eingelegt. Begründet wird dieselbe dadurch, daß Z. nicht mit dem als gefährlichen Werkzeug bezeichneten, sondern mit einem anderen Stod geschlagen haben will. Durch die heutige Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Z. zwar nicht mit dem gefährlichen Werkzeug (Tods-chläger) geschlagen, aber die ganze Schlägerei veranlaßt hatte. Aus diesem Grunde wurde seine Berufung als unbegründet verworfen. — Die Verhandlung gegen den, dem Schöffengerichte wegen Sittenverbrechens überworfenen Porträtmaler W. wurde ausgelegt, da gegen ihn eine neue Anzeige wegen Sittenverbrechens eingegangen war.

Bremen. „Für den bremischen Handel ist das Jahr 1895 im Großen und Ganzen günstig gewesen; in fast allen Zweigen hat sich eine gesteigerte Thätigkeit kundgegeben und die Konjunktur in manchen Stapelartikeln hat das Geschäft befördert.“ Diese Worte gebraucht der soeben erschienene Jahresbericht der bremischen Handelskammer. Ohne Zweifel wäre das Urtheil günstiger ausgefallen, wenn nicht kurz vor Jahres-schluß die Botschaft des Präsidenten Cleve-land so viele Ver-hältnisse erschütterte und die Aussicht auf die Zukunft ge-

trübt hätte. Gerade für Bremen ist kein Land wichtiger als die nordamerikanische Republik. Das wird denn auch ausdrücklich betont: „Es steht zu befürchten, daß, wenn auch eine kriegerische Verwicklung als ausgeschlossen erscheint, die eben angebahnte Gesundung der finanziellen und wirtschaftlichen Zustände in den Vereinigten Staaten abermals gehemmt, und der Waarenaustausch mit Deutschland aufs Neue durch die in Aussicht stehenden, mit finanziellen Rücksichten motivierten Zollserhöhungen auf wichtige Industrieerzeugnisse empfindlich geschädigt werden wird.“ — Die Kammer sagt von den Handelsverträgen: „Einer wirtschaftlichen That der jüngsten Zeit gedenkt die Handelskammer mit ungetheiltem Befremden: des Abschlusses der Handelsverträge. Von Jahr zu Jahr wird sie in der Ueberzeugung bestärkt, daß nur auf diesem Wege der unermesslichen Gefahr einer gegenseitigen Absperrungspolitik der europäischen Staaten vorgebeugt werden konnte, daß Handel und Industrie schweren Leiden entgegengegangen wären, wenn ihnen nicht im rechten Augenblick die Regierung in den Handelsverträgen die unentbehrliche Grundlage für die Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert hätte. Von Jahr zu Jahr stellt sich aber auch deutlicher heraus, daß unser Verkehr mit den Vertragsländern einen feischen Aufschwung nimmt, daß unsere Industrie in ihnen werthvolle Absatzgebiete wieder gewonnen hat, und daß in Folge dessen auch unser Einfuhrhandel eine gesteigerte Thätigkeit hat entfalten können. So haben die Handelsverträge im Verein mit anderen günstigen Erscheinungen in außereuropäischen Ländern dazu beigetragen, daß endlich die allgemeine Depression zu schwinden beginnt, die lange Jahre auf Handel und Wandel geachtet hat. Neuer Muth belebt Handel, Industrie und Schifffahrt und die segensreichen Folgen der Gesundung werden sich hoffentlich bald auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens herausstellen.“ Betreffs der Folgen des ostasiatischen Ringes warnt die Kammer vor über-

triebenen Hoffnungen, doch sei der Verlauf der Dinge den Handelsbeziehungen mit den europäischen Ländern überaus vortheilhaft gewesen; der Handelsumsatz steige und werde voraussichtlich noch weitere Steigerung erfahren. In der Münzfrage spricht sich die Kammer mit Nachdruck für die Goldwährung aus. Nach all den deutschen Warnungen und nach dem Refus der englischen Regierung „fällt es in der That schwer, zu glauben, daß unsere Regierung sich zur Einberufung einer Konferenz entschließen werde, deren ergebnisloser Ausgang nicht zweifelhaft sein kann.“ (Freif. Btg.).

Bremen. Das Bremer Schiff „Senator Iten“ ist auf der Reise von Philadelphia nach Marseille seit in Buntadelsgado eingelaufen.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingekandt.)

Geschäfte halber hielt ich kürzlich im benachbarten Schluß auf. Da mir genügend Zeit verblieb, sah ich dem Verlangen eines an der Brücke des Landwirthes A. liegenden Flußschiffes zu. Hierbei ist nun gerade nichts absonderliches und es wäre mir auch nicht im Entferntesten eingefallen, diese wichtige Thatsache zur Kenntniß der Leser des „Allg. Volksb.“ zu bringen, wenn ich nicht damit den Zweck verfolgte, mich über den Zustand dieser Brücke des Näheren auszulassen und dadurch die Mitleid nachgebenden Behörden auf dieselbe hinzuwirken. Wie ich so müßig dastand, bemerkte ich nämlich, daß die Brücke im höchsten Grade baufällig sei. Zwei als Stützpfiler der Brücke dienende Pfähle — es waren der zweite und dritte Pfahl vom äußersten Ende an der Stromaufwärts gelegenen Seite — waren dicht unter dem Wasserspiegel abgebrochen, so daß hierdurch leicht ein das Leben von Menschen gefährdender Unglücksfall herbeigeführt werden kann. Das Flußschiff wurde mit Sand — Manersand, welcher nach Lübeck verschifft wird — beladen. Der Sand wird mit einem Wagen — sogenannten Skipper — angefahren. Ein solcher Skipper enthält einen Kubikmeter Sand und ich habe mir erzählt lassen, daß dieses Quantum ein Gewicht von 20 Centner darstellt; ob dieses nun wirklich der Fall ist, will ich dahingestellt sein lassen, doch ist die Möglichkeit sehr wahrscheinlich, daß die Brücke

troz ihrer augenscheinlichen Schadhaftheit, diese Last noch 10 Stände ist zu tragen, hat mich sehr gewundert; daß aber über kurz oder lang eine Katastrophe eintreten wird, davon bin ich umso mehr überzeugt, als jedesmal, wenn ein Wagen über die Brücke hinfuhr, diese sehr verächtliche Bewegungen zeigte. Meine Frage an die Arbeiter, ob der Eigentümer der Brücke vor ihrem schadhaften Zustande unterrichtet wäre, wurde mir sehr bezeichnend geantwortet: „Daher wissen wir nicht, da sie sich aber schon längere Zeit in diesem Zustande befindet, wird es ihm wohl bekannt sein, er wird aber wohl denken, diesen Winter werde sie noch aushalten.“ Da die Brücke, wie mir gesagt wurde, Privat eigenthum ist, weiß ich nicht, ob sie der Kontrolle irgend einer städtischen Behörde unterstellt ist. Wenn aber auch dieses nicht der Fall sein sollte, so bin ich doch der festen Ueberzeugung, daß die Unfallberufsgenossenschaft für Flußschifffahrt in Wagdeburg, ein großes Interesse daran haben wird, den Zustand der Brücke kennen zu lernen und würde es sich wohl für den hiesigen Vertrauensmann obiger Berufsgenossenschaft verlohnen, sich die Brücke einmal anzusehen und sie auf ihre Haltbarkeit und Sicherheit zu prüfen. Sollte, was ich nicht hoffen will und was der Himmel verhüten möge, dort einmal ein Unglück passiren, so hat in erster Linie die Berufsgenossenschaft die daraus entstehenden Folgen zu tragen, weshalb es auch in ihrem Interesse liegen muß, von dem Zustande der Brücke rechtzeitig unterrichtet zu sein. Da ich nun aber nicht weiß, wie hier der Vertrauensmann der Unfallberufsgenossenschaft für Flußschifffahrt zu Werke geht, hierdurch die Aufmerksamkeit auf die Brücke des Landwirthes A. in Schluß zu bringen und im Interesse der auf ihr beschäftigten Arbeiter auf recht baldige Abhülfe hoffen.

Einer dem es sonst nichts angeht.

Briefkasten.

Ungeannt. Haben Sie schon einmal etwas über den amerikanischen Romanhelden Rip van Winkle gelesen oder gehört? Dieser sonderbare Mann hat nämlich während der ganzen Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges so fest geschlafen, daß er nachdem er endlich aufgewacht war, sich in die neue Ordnung der Dinge nicht mehr hineinzuweisen verstand. Ein solcher Rip van Winkle scheinen auch Sie zu sein, denn sonst müßten Sie doch unbedingt wissen, daß jetzt, in einer Zeit, wo der dolo eventuais in allen Ecken herumschleicht, so solche Späße nicht mehr zu denken ist. Im übrigen erkennen wir gerne Ihren guten Willen an und hoffen auch, daß Sie es uns nicht übel nehmen werden, wenn wir stillschweigend Ihre Eingekandt in die tiefsten Tiefen unseres Papierkorbes verpacken.

zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber die Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Geschäfts-Verlegung.
Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich meine **Barbier-Geschäft** von Untertrave 77 nach **Untertrave 62** verlegt habe. Für das bisherige Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch ferner zu bewahren.
Sonntags bis 8 Uhr Abends geöffnet.
Lübeck, den 1. Januar 1896.
Achtungsvoll
H. Knaack, Barbier, Untertrave 62
(früher Seegelmacher Wohlers Laden).

Brod
aus der Lübecker Genossenschaftsbäckerei.
Gute saure und gefalzene Seringe
Dunstfreie Plättkohlen
sowie
jämmtliche Colonial- u. Fettwaren
empfehlen
Carl Meyer, Brüderstraße 4a.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Volkslexikon
Nachschlagebuch
für **jämmtliche Wissenszweige**
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik, nebst Generalregister.
Unter Mitwirkung von Sachverständigen herausgegeben von
Emanuel Warm.
Erscheint in Lieferungen à 20 Bogen.

Zur Mittheilung für Drüsen-Leidende.
Meine Tochter, im Alter von 19 Jahren, litt seit 5 Jahren an Drüsen, welche sie dermaßen entstellten, daß wir an Hilfe nicht mehr glaubten. Nicht allein am Körper, sondern Gesicht u. Nase waren schon mit davon ergriffen. Jede angewandten Mittel blieben erfolglos, bis ich auf **Frau J. Dentzau, Lübeck, Untertrave 113** aufmerksam gemacht wurde. In 2 monatlicher Behandlung war schon große Besserung vorh. und jetzt, nach 6 Monat., ist sie von diesem Leiden befreit. Das Befinden wie Aussehen läßt nichts zu wünschen übrig. Zur persönlichen Auskunft ist gern bereit
Fritz Böckmann, Süner, Schäradorf bei Gleichendorf.
Empfehle mein Rasir-, Frisir- und Saarschneide-Geschäft angelegentlich.
Anton Becker,
Fleischhauerstraße 80.

Der Ausstoß unseres Bockbieres
in bekannter Güte
begann am
Freitag den 4. Januar.
Hansa-Brauerei
Lübeck.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
» Reden und Schriften.
Neue Gesamtausgabe.
Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von **Ed. Bernstein.**
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.
Bandausgabe:
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebd. (Liebhaberband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebd. (Liebhaberband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebd. (Liebhaberband) „ 5,—
Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Verloren von einer Weisnäherin ein Packet mit Handstickerei am Sonnabend Nachmittag. Der ehrliche Finder wird gebeten, daß. geg. Bel. abzug. an Gröpelgrube 9, 2. Etag.
Gef. zum 1. April 1 fl. febl. Wohnort vor dem Thore für ein junges Ehepaar. Offerten mit Preisangabe erbitten unter Chiff. 150 an die Exped. d. Bl.
Eine Wohnung im Preise von 175 Mark zu vermieten.
C. Streich, Emilienstraße 8.

Entlaufen ein schwarzer Pudel, 3/4 Jahr alt, auf den Namen „Zampa“ hörend. Vor Ankauf wird gewarnt.
Abzugeben bei **W. Spethmann, Schwartauer Allee 70 b.**

Gesangverein „Eintracht“
Donnerstag den 9. Januar, Abends präc. 9 Uhr,
General-Versammlung
bei **H. Rumohr, Mariesgrube 22.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.
2. Wahlen.
3. Besprechung des Sommer-Sofals.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer!
Dienstag den 7. Januar:
Verbands-Versammlung
im **Verbandslokal.**
T.-O.: Junere Vereinsangelegenheiten. Es ist dringend notwendig, daß alle Verbandsmitglieder zu dieser Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse in Lübeck.
Als Kassenzärzte der Ortskrankenkasse sind am 1. Januar 1896 neu gewählt worden die Herren **Dr. med. Dinkgraeve, Moisling** Allee 4 b,
Dr. med. Raben, Maudstraße 1, und Dr. med. Wisser, Mühlenstraße 1, letzterer lediglich für Hautkrankheiten. Dagegen ist auf seinen Wunsch als Kassenzarzt ausgetreten Herr **Dr. med. Eschenburg.**
Für Zahnheilkunde sind ab 1. Januar 1896 sämtliche zur Zeit hier praktizirenden Zahnärzte, nämlich die Herren **Spelling, Cawe, Schmidt, Meyer-Tranberg, Voss** und **Schleicher** als Kassenzärzte zugelassen worden.
Ein Verzeichnis sämtlicher Kassenzärzte am 1. Januar 1896 kann von den Kassemitgliedern an der Geschäftsstelle, Johannisstraße 40, mündlich eingesehen werden.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse.

General-Versammlung
der
Höfer u. Kleinhändler
Lübeck und Umgegend
am Dienstag den 7. Januar 1896
Abends 8 1/2 Uhr,
bei Herrn **Neumann, Fünfhausen.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895 und Jahres-Abrechnung.
2. Vorstandswahl.
3. Statuten-Änderung.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird dringend ersucht.
Der Vorstand.

Berein deutscher Schuhmacher
(Zahlstelle Lübeck).
Versammlung
am Dienstag den 7. Januar
bei **F. Lecke, Lederstraße 3.**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Junere Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten.
5. Verschiedenes.
NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 7. Januar:
63. Abonnements-Vorstellung. 3. Serie: Orku. Anfang 7 Uhr.
Vorletztes Gastspiel
von **Fraulein Leona Bergère**
Zum vorletzten Male.
TATA-TOTO.
Grösster Heiterkeitserfolg.
Mittwoch den 8. Januar:
64. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Orku. Zum 11. Male.
Der Militairstaat.

Vergebliches Bemühen.

cdgg. Wer da glaubt, daß die Mittel, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, bei der Bourgeoisie erschöpft seien, täuscht sich. Immer Neues wird erfunden, um die Arbeiter in die Abhängigkeit eines früheren, barbarischen Zeitalters zurückzudrängen, ihre Emanzipationsbestrebungen zu unterdrücken. Zu der ökonomischen Gewalt der Arbeitgeber kommen die Maßregeln der Behörden, Entscheidungen der Gerichte, welche den Gesetzen eine Auslegung geben, daß man kaum noch weiß, was eigentlich in unserer Gesellschaft Recht ist. Die brutale Anwendung der Maßregelung und Aussperrung der Arbeiter, welche in dem Arbeitgeber nicht ein höherstehendes Wesen sehen, reicht nicht zu, es müssen die Organe der öffentlichen Gewalt zu Hilfe kommen, um den heiligen Zweck, Unterdrückung der Arbeiterbewegung, zu erreichen. Und hier hat das Unternehmertum nie umsonst um Hilfe gebeten. Was haben wir nach dieser Richtung hin nicht in den letzten Jahren, was an neuen Mitteln nicht im verflochtenen Jahre über uns ergehen lassen müssen. Die Krone dieser Leistungen der Polizeibehörden war jedenfalls die Auflösung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Alle anderen Parteien haben Organisationen, die offenbar gegen das Gesetz verstoßen, nur die Organisation der Partei der Arbeiter, der Unterdrückten und Elenden, paßte sich dem Gesetze an. Die Leitung dieser Organisation wird aufgelöst, die Organisationen der anderen Parteien dürfen nach wie vor gesetzwidrig fortbestehen. Und das von Rechts wegen.

Doch nicht allein die politischen Emanzipationsbestrebungen werden von diesem Schicksal verfolgt, sondern auch der gewerkschaftliche Kampf, das Ringen nach besserer Lebenshaltung, nach höheren Kulturzuständen sucht man unmöglich zu machen. Auch auf diesem Gebiete brachte uns das letzte Jahr neue Erfahrungen und neue Ueberraschungen. In Sachsen wundert man sich über polizeiliche Maßregeln und sonderbare Gerichtserkenntnisse gar nicht mehr, denn dort ist es schon so helle geworden, daß man vor Heiligkeit gar nicht mehr zum Wundern kommt. So war denn auch die Idee, die Warnung vor Zuzug nach einem Streikorte als groben Unfug zu betrachten, bisher eine besondere Eigenschaft sächsischer Behörden. Im letzten Jahre sind von dieser Idee glücklich auch preussische Behörden und Richter erfaßt worden und dürfte, nachdem ein Landgericht diese Idee aufgenommen hat, bald allgemein in Preußen die Warnung vor Zuzug bei Streiks als grober Unfug angesehen und an den Missethättern gestraft werden. Auch der Boykott gilt schon, ebenso wie in Sachsen — wo dies selbstverständlich ist — auch in Preußen als grober Unfug. Bald sind wir nun so weit, daß als grober Unfug Alles gilt, was die Arbeiter unternehmen, um ihre Lage zu verbessern. Doch, es sind nur ein wenig abgeänderte Mittel zu dem alten Zweck — und mit einigen weiteren Abänderungen werden wir neue Auflagen dieser Mittel erleben. Aber was haben sie genützt, was werden sie weiter nützen? Den Zweck, den unsere Gegner erreichen wollen, werden sie nun und nimmer erreichen.

Wenig, durch die unendlich komplizierten Gesetzesauslegungen, die den bestehenden Gesetzen einen ganz anderen Sinn geben, als der Gesetzgeber beabsichtigte, sind wir glücklich so weit gekommen, daß keine Arbeiterorganisation, keine Gewerkschaftsorganisation mehr davor sicher ist, eines schönen Tages von irgend einer Polizeibehörde in Preußen aufgelöst zu werden. Aber, was würde man damit erreichen? Die Auflösung einer politischen Arbeiterorganisation wird die politische Propaganda nicht im Geringsten unterdrücken, eher noch verstärken. Die Auflösung einer Gewerkschaftsorganisation könnte höchstens die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Berufes hindern, die humanitären Einrichtungen der Organisation fortzuführen. Der Kampf, der Streik wird damit nicht aus der Welt geschafft, denn wenn das Unternehmertum, ungehindert durch eine Organisation, seinen Unterdrückungsgelüsten freien Lauf läßt, so wird die Arbeitseinstellung der letzte Akt der Verzweiflung der unterdrückten Arbeiter sein. Und diese Streiks dürften dem Unternehmertum weniger angenehm sein, als die von einer Organisation inszenierten. Man würde die organisierten Arbeiter bei Auflösung ihrer Organisation hindern, ihre arbeitslosen, reisenden, kranken und invaliden Mitglieder zu unterstützen, man würde das Elend unter der arbeitenden Bevölkerung erhöhen, aber man wird nicht im Stande sein, die Arbeiter zu hindern, die Arbeit einzustellen, um sich gegen Unterdrückungen zu wehren oder bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Wäre es möglich, dies zu verhindern, so müßte es bei den fortgesetzten Verfolgungen der Gewerkschaftsorganisationen längst geschehen sein. Aber die Gewerkschaften sind größer und in sich geschlossener geworden, trotz aller Verfolgungen. Die im Aufblühen begriffene gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter wurde durch das Sozialistengesetz fast vollständig vernichtet. Nur wenige Organisationen entgingen der Auflösung. Erst allmählig gelang es den Arbeitern in der Mitte der 80er Jahre, ihre gewerkschaftlichen Organisationen wieder zu errichten. Sofort aber begann auch auf's Neue die Verfolgung. Es wurde versucht, das Unterstützungswesen der Gewerkschaften als eine dem Versicherungsgesetze unterliegende Einrichtung zu stempeln. Die Gewerkschaften änderten die Einrichtungen und der Versuch scheiterte. Das Sozialistengesetz fiel, aber auch die folgenden Jahre haben die Gewerkschaften sich keineswegs vor behördlichen Verfolgungen sicher. In Preußen, in Bayern, in Sachsen, überall im einigen freien Deutschland, wurden die Landesgesetze angewandt, um den gewerkschaftlichen Organisationen das Lebenslicht auszublafen oder ihnen das Leben so sauer wie möglich zu machen und ihren weiteren Ausbau zu hindern. Neben den Auflösungen von Zweigvereinen von Zentralverbänden und den unzähligen Verurteilungen von Leitern der Zweigvereine kam dann die Auflösung des sächsischen Bergarbeiterverbandes. Die Versuche, den Frauen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaftsorganisationen unmöglich zu machen, die Anforderungen, welche an die Gewerkschaften in Bezug auf Einreichung der Mitgliederlisten gestellt wurden, sie alle sind Symptome für das Bestreben, die Organisation der Arbeiter zu hindern.

Es läßt sich nicht leugnen, daß viele Arbeiter infolge dieser Maßregeln den Gewerkschaften fernbleiben. Dem unverständigen Arbeiter erscheint es gefährlich, sich unter die Aufsicht der Behörden und seinen Namen in der eingereichten Mitgliederliste zu wissen. Die Gefahr der Maßregelung schwebt ihm vor, und man hat ja genug von den Kanzeln und sonst geeigneten Stellen gepredigt, daß die organisierten Arbeiter Bösewichte seien. Viele mögen aus diesen Gründen den Organisationen fernbleiben, aber deswegen bestehen diese doch. Nach all diesen Versuchen, den gewerkschaftlichen Organisationen die Existenz oder wenigstens das segensreiche Wirken unmöglich zu machen, möchte man fast glauben, die Mittel seien erschöpft. Wir können uns aber darauf gefaßt machen, daß immer Neues unternommen werden wird, um die Thätigkeit der organisierten Arbeiter zu hemmen. Der Paragraph vom groben Unfug wird weitere Auslegungen erleiden. Doch, haben wir Ursache zaghaft zu sein? Keineswegs. Bei all' den Kämpfen und Erfahrungen ist der Muth und das Selbstvertrauen der Arbeiter nicht gebrochen. Man kann die ätzere Form beseitigen, der Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung wird fortbestehen. Trotz alledem!

Aus Nah und Fern.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen und wegen zahlreicher Vergehen im Amt ist ein Gefangenausscher der Strafanstalt Plönssee, Namens Heine, verhaftet worden. Durch Beschwerde eines Strafgefangenen wurde sein Treiben aufgedeckt. Heine war seit fünf Jahren als Aufseher im sogenannten Masteinflügel angestellt und hatte eine bestimmte Station, in der sich sämtliche Sträflinge in Einzelhaft befanden. Unter diesen befanden sich die schwersten Verbrecher sowie besser situierte Gefangene, die ihrer sozialen Stellung wegen mit den übrigen Sträflingen nicht in Verührung kommen sollen. Da diese Häftlinge fast nur mit ihren Aufsehern im Verkehr stehen, so knüpfte Heine mit ihnen Bekanntschaft an und fand sich bereit, mit den Angehörigen bemittelter Gefangener in Verbindung zu treten. Für die Vermittelung von Geldern für die Gefangenen ließ er sich bezahlen. Mehrere Jahre haben die Vorgesetzten nichts davon gemerkt, erst durch die Klage eines 16jährigen Bauernburschen gegenüber dem Oberaufseher wurde Heine im November vorigen Jahres entlarvt. Mit dem Bauernburschen hatte er unzüchtige Handlungen vorgenommen. Bei der Untersuchung durch den Oberinspektor kam es zur Sprache, daß der Bauernbursche, der wegen Diebstahls seine Strafe verbüßt, im Auftrage des Heine an seine Schwester schreiben mußte. Bei dieser befand sich noch die Beute aus dem Diebstahl, ca. 2000 Mk., und Heine verlangte erst 700, schließlich aber 1000 Mk., indem er seinem Schützling klar machte, das Geld könne doch wieder Geld bringen und dürfe nicht zinslos daliegen. Bei der Entlassung wollte Heine ihm den Betrag zurückerstatten. Die auf diese Weise erlangten Summen betragen über 5000 Mk.

Ein Musterbeamter. Aus der Ostmark des Reiches, der ostpreussischen Stadt Tilsit, wird von einem Prozeß

Die Frau von dreißig Jahren.

H. de Balzac nacherzählt.

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Notar hatte die Absichten seines Auftraggebers in einem völlig umgekehrten Sinne verstanden. Dieser Vorfall war zu zart, als daß Vandenessie nicht unwillkürlich die Anschauungen des tölpelhaften Notars verbesserte, und sich eine Erörterung daran knüpfte, die eine gewisse Zeit in Anspruch nahm.

„Hören Sie,“ sagte endlich der Diplomat auf ein Zeichen, das ihm die junge Frau machte, „Sie zermartern mir den Kopf; kommen Sie Morgen um neun Uhr mit meinem Sachwalter wieder.“

„Aber ich muß Sie, Herr Marquis, darauf aufmerksam machen, daß wir nicht sicher sind, Morgen Herrn Desroches zu treffen, und wenn die Anhaltung zur Erfüllung der Verbindlichkeiten nicht Morgen vor Mittag in Gang gesetzt ist, so hört die Frist auf und . . .“

In diesem Augenblicke rollte ein Wagen in den Hof, und bei dem Lärm, den er machte, wandte sich die arme Frau lebhaft ab, um die Thränen zu verbergen, die ihr in die Augen traten. Der Marquis schellte, um anzuzeigen, daß er auszufahren wünschte; aber der General, unversehens aus dem Theater zurückgekehrt, schritt vor dem Kammerdiener her und erschien, an der einen Hand seine Tochter haltend, deren Augen roth waren, an der anderen seinen kleinen Knaben, ganz mürrisch und ärgerlich.

„Was ist denn geschehen?“ fragte die Frau ihren Mann.

„Ich werde es Dir später mittheilen,“ entgegnete der General und trat in ein Nachbarzimmer, durch dessen offene Thür er Zeitungen gesehen hatte.

Berzweiflungsvoll warf sich die verdrießliche Marquise auf ein Canapee.

Der Notar, der sich für verpflichtet hielt, den Kindern gegenüber den Angenehmen zu machen, nahm einen freundlichen Ton an und fragte den Knaben: „Nun, Kleiner, was wurde denn im Schauspielhause gegeben?“

„Das Thal des Waldstromes,“ erwiderte Gustav grämlich.

„So wahr ich ein Ehrenmann bin,“ sagte der Notar, „die Komödienschreiber unserer Zeit sind halb verrückt! Das Thal des Waldstromes! Weshalb nicht der Waldstrom des Thales? Es ist ja möglich, das ein Thal seinen Waldstrom hat, und bei dem Ausdruck der Waldstrom des Thales, würden die Komödienschreiber etwas Klares, Charakteristisches und Greifbares angegeben haben. Aber lassen wir das. Wie kann jedoch nur in einem Waldstrom und in einem Thale ein Drama vor sich gehen? Man wird mir erwidern, daß der Hauptreiz derartiger Schauspiele heutigen Tages in den Decorationen liegt, und dieser Titel auf sehr schöne schließen läßt. Hast Du dich gut amüßert, Kleiner Freund?“ fügte er hinzu und setzte sich vor das Kind.

In dem Augenblicke, wo der Notar fragte, was für ein Drama in der Tiefe eines Stromes stattfinden könnte, wandte sich die Tochter der Marquise langsam um und weinte. Die Mutter war noch immer so heftig ärgerlich, daß sie die Bewegung ihrer Tochter nicht bemerkte.

„Ach ja, mein Herr,“ entgegnete das Kind, „ich amüßte mich ganz gut. In dem Stücke kam ein kleiner, sehr hübscher Junge vor, der in der Welt allein stand, weil sein Vater nicht hatte sein Vater sein können. Als er nun oben auf der Brücke über den Waldstrom ankommt, packt ihn ein großer, härtiger und ganz schwarz gekleideter Landmann und wirft ihn in das Wasser. Helene fing nun an zu weinen und zu schluchzen; das ganze Schauspielhaus schrie über uns, und mein Vater führte uns schnell, sehr schnell fort.“

Herr von Vandenessie und die Marquise wurden beide sehr bestürzt und wie von einem Unglück ergriffen, das ihnen die Kraft zu denken und sich zu bewegen raubte.

„Gustav, schweige doch,“ rief der General. „Ich habe Dir verboten, über das im Theater Vorgefallene zu sprechen, und schon jetzt vergiffest Du sogar meine Mahnung.“

„Verzeihen ihm Ew. Gnaden,“ sagte der Notar, „ich hatte Unrecht, ihn zu fragen, aber ich kannte den Ernst nicht, den . . .“

„Er sollte nicht antworten,“ versetzte der Vater und blickte seinen Sohn kalt an.

Die Ursache der plötzlichen Rückkehr der Kinder und ihres Vaters schien dem Diplomaten und der Marquise nun klar. Die Mutter blickte ihre Tochter an, sah sie in Thränen und erhob sich, um zu ihr zu gehen; aber jetzt zog sich ihr Gesicht heftig zusammen und zeigte Spuren einer Strenge, die nichts mäßigte.

„Genug, Helene,“ sagte sie zu ihr, „trockne Dir Deine Thränen in dem Boudoir.“

„Was hat sie denn gethan, diese arme Kleine?“ fragte der Notar, der gleichzeitig den Zorn der Mutter und die Thränen der Kleinen beruhigen wollte. „Sie ist so niedlich, daß sie das artigste Geschöpf von der Welt sein muß; ich bin völlig überzeugt, Madame, daß sie Ihnen nur Freuden bereiten muß. Nicht wahr, Kleine?“

Helene blickte ihre Mutter zitternd an, trocknete die Thränen, suchte ein ruhiges Gesicht anzunehmen und entfloß in das Boudoir.

„Und sicherlich,“ fuhr der Notar noch immer fort, „sind Sie, Madame, eine viel zu gute Mutter, um nicht alle Ihre Kinder gleich zu lieben. Ueberdies sind Sie zu tugendhaft, um diese traurigen Vorzüge zu besitzen, deren unselige Folgen namentlich uns Notaren kennbar

berichtet, in dem der ehemalige Tilsiter Polizeichef, Stadtrath Witschel, eine bemerkenswerthe Rolle spielt. Angeklagt ist nun aber nicht etwa der in seinem ganzen Wirkungskreis verächtliche Herr Witschel, sondern der Redakteur der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“, Epstein, wegen Beleidigung des ehemaligen Tilsiter Polizeigewaltigen. In der Prozessverhandlung wird durch eine stättliche Zahl von Zeugen in Beziehung auf Witschels Verhalten folgendes festgestellt: In seiner früheren Stellung als Kassistenkontrollleur hat er einen Grenzstein zu Unrecht versetzt, der Regierung auf eingelegte Beschwerde wahrheitswidrig berichtet, der Stein sei wieder zurückgesetzt und dem Eigentümer des betreffenden Grundstücks indirekt seinen wahrheitswidrigen Bericht zugegeben durch die Worte: „Na, seien Sie friedlich, ich komme nächstens in Ihre Nähe vermessen und mache dann die Sache wieder gut.“ In einer anderen Streitsache mit dem ihm vorgelegten Oberbürgermeister Thesing, infolgedessen er von seinem Amte als Polizeiverwalter suspendiert war, hat er dem Oberbürgermeister in einer Unterredung erklärt: „Ich bedauere, Ihnen nicht mit dem Revolver in der Hand begegnen zu sein.“ Vor allem war Herr Witschel natürlich auch bemüht, der in Tilsit kräftig emporzukommenden Sozialdemokratie entgegen zu treten. Ueber die draufschießen, „zeitgemäßen“ Mittel Witschels in diesem Kampfe wird durch die Zeugnisaussagen des Schuhmachers Genossen Kuntze bekundet: Am 16. Januar v. Js. kam Herr Witschel mit vier oder fünf Beamten zu mir, verhaftete mich und brachte mich in das Polizeigewahrsam. Herr Witschel kam nachher mit dem Polizeisergeanten Szepan in meine Zelle und schimpfte: „Guch Schweinezeug werde ich schon helfen. Ihr Kerls habt keine Religion, Ihr internationalen Gefindel! Wenn Calamé, der Kerl, noch einmal aus Königsberg kommt, lasse ich ihn binden oder erschießen. Ich gedenke noch zehn Jahre Polizeiverwalter zu sein, und wenn Ihr noch mal die Marcellaise singt oder die Sozialdemokratie hoch leben laßt, so lasse ich schießen und habe meinen Beamten gesagt, daß sie Sie zuerst aufs Korn nehmen sollen.“ Der Zeuge Kuntze theilt ferner noch mit, daß er 26 Stunden ohne jede Nahrung im Polizeigewahrsam gehalten wurde. Ferner ist Witschel gegen völlig harmlose russische Bücherhändler und Hausierer, die aus geschäftlichen Gründen über die Grenze gekommen waren, in der Weise vorgegangen, daß er sie hat an die Grenze transportieren und den dort stationierten Grenzwachmann ausliefern lassen. Witschel hat sogar den die Grenzschutz kommandierenden russischen General vorher telegraphisch von der beabsichtigten Auslieferung benachrichtigt. Oberbürgermeister Thesing erklärt auf Befragen, daß es nach seiner Ansicht sogar verboten ist, jemanden in dieser Weise über die Grenze schaffen zu lassen. Der Besitzer der „Tilsiter Allgem. Ztg.“, v. Mauderode, sagt aus, daß, nachdem schon der Oberbürgermeister mitgetheilt hatte, er selbst habe die Polizeileitung wieder übernommen und von Herrn Witschel seien keine Anzeigen mehr aufzunehmen, dieser ihm (v. Mauderode) erklärt habe: „Wenn Sie meine Anzeige nicht aufnehmen werden, werde ich meine Organe anweisen, die Zeitung heute um 5 Uhr zu beschlagnahmen.“ Als ich Herrn Witschel erwiderte, daß er zu solchen Maßnahmen ja gar kein Recht habe, wiederholte dieser nochmals: „Ich konfiziere die Zeitung, wenn mein Inserat nicht darin steht.“ Dieser Herr Witschel hat Tilsit mit seinem Polizeiregiment etwa zwei Jahre in Schrecken gesetzt. Eine Zeitlang fand er sogar dem Oberbürgermeister Thesing gegenüber an dem Gumbinner Regierungspräsidenten Hegel „Schutz“ und Stütze. Endlich aber war das Maß doch voll und Herr Witschel mußte weichen. Ob gegen ihn aber irgend ein Verfahren eingeleitet ist — davon hat man

nichts erwähnt, im vorliegenden Prozeß wurde — der Redakteur Epstein wegen formaler Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Allerdings gestand selbst der Staatsanwalt dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu, weil er als Tilsiter Bürger und Redakteur sich zum Sprachrohr der Erregung der Einwohner gemacht habe“.

Der Kapitalismus und das Gemeinwohl. Aus Frankenberg wird dem Chemnitzer „Beobachter“ geschrieben: In unserem Städtchen sind die Erwerbsverhältnisse die denkbar traurigsten, zumal bei den Arbeitern, da die Weberei sowohl wie die Cigarrenfabrikation zurückgegangen sind. Man hat schon versucht, neue Industriezweige einzuführen, ohne daß dies gelingen wäre. Dann trug man sich in der Bürgerchaft mit dem Gedanken, bei der Regierung für ein Technikum einzukommen, wie es früher vorhanden war. Aber auch dieser Gedanke wird schwerlich Verwirklichung finden. Da ist man nun darauf gekommen, Frankenberg zu einem Kurort zu machen, wozu es sich durch seine hübsche Lage im Pschopantahl ja auch eignen dürfte. Der neue Bürgermeister widmete sich mit großem Ernst dieser Sache und stellte u. a. Erhebungen an, wie viel Sommerfrischer die Stadt wohl aufnehmen könne. Und siehe da, jetzt kommen die Fabrikanten und setzen diesem Streben Widerstand entgegen. Sie sind nicht damit einverstanden, daß Frankenberg Kurort wird, denn sie folgern: durch Fremdenzufluß wird unsere, auf die tiefste Stufe der Ernährung herabgedrückte Arbeiterbevölkerung „begehrlich“ werden. Sie wird Wohnungen vorthelthaft vermieten können und lohnende Beschäftigung finden, so daß wir nicht mehr das willige, gefügige Arbeitsmaterial haben wie bisher. Mitthin: der Bestand der „sagenreichen“ Industrie ist gefährdet und alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, damit Frankenberg kein Kurort wird und alles hübsch beim alten bleibt. Daran sieht man wieder einmal, daß Kapitalismus und Gemeinwohl zwei unversöhnliche Gegensätze sind.

München. Von einem militärischen Exzeß berichten die „Münchener Neuesten Nachrichten“, den sie als einen „unerhörten Vorfall“ bezeichnen. Im „Pfefferbräu“ in München waren am Sylvesterabend Stammgäste und Geschäftsfreunde zu einer Sylvesterfeier versammelt. In dem dichtbesetzten Lokal befanden sich auch Sergeant Jech vom Trainbataillon und Unteroffizier Fischer von der Artillerie. Nach einiger Zeit betrat ein Gemeiner das Lokal und nahm etliche Tische von den genannten Militärs ensernt Platz, ohne von diesen Notiz zu nehmen. Sergeant Jech ließ hierauf den Gemeinen antreten, was bei der im ganzen Lokal herrschenden fröhlichen Feststimmung übel vermerkt wurde, ohne daß es zu Streitigkeiten gekommen wäre. Als später ein anderer Soldat vor den Unteroffizieren vorchriftsmäßig antrat, entstand wieder Gelächter und Händeklatschen. Die Unteroffiziere verließen das Lokal, ohne noch sonderlich gereizt zu werden. Bald nach 12 Uhr aber stürzte Sergeant Jech ins Zimmer unter dem Rufe: „So, jetzt komm ich mit Gewalt.“ Ihm folgte ein Unteroffizier. Zugleich drangen drei Soldaten in Wachausrüstung, mit dem Gewehr bewaffnet, vor. Sergeant Jech rief den sich durch die auch hier dichtbesetzten Tische und Stühle durchdringenden Soldaten wiederholt „Vorwärts“ zu, trat dann auf drei Herren zu, welche vorher ebenfalls geklatscht haben sollten, und kündete ihnen die Verhaftung an. Als hierüber nicht gerade freundliche Worte fielen, die anwesenden Frauen und Kinder zu weinen anfangen und die drei zu verhaftenden Herren Protest erhoben, indem sie sagten: „Glauben Sie vielleicht, Sie sind in Fuchsmühl?“ kommandirte Sergeant Jech ohne Weiteres: „Legt an, Feuer!“ Augenzeugen aus unmittelbarer Nähe erklärten

den Umstand, daß die Soldaten nicht geschossen haben, nur damit, daß Herren von hinten ihnen in die Arme gefallen seien und sie am Schießen verhindert hätten. Auch soll der die Wache anführende Unteroffizier, der also allein zum Kommando berechtigt gewesen wäre, durch gütliches Interveniren, wie: „ich sehe es selbst ein, daß Schießen zu scharf wäre, aber meine Herren, uns trifft keine Schuld, wir sind hierher befohlen, unsere Pflicht zu thun, seien Sie geschick“ u. s. w., die Soldaten veranlaßt zu haben, nicht zu schießen. Fest steht, daß die Soldaten auf das Kommando die Gewehre bereits erhoben hatten. Die verhafteten Herren fügten sich nun der Arrestierung und begaben sich zur Hauptwache. Dort erfuhr man, daß Sergeant Jech unter verschiedenen entstellenden Behauptungen den wachhabenden Offizier zur Mitgabe der Wachmannschaft in Höhe von fünf Gemeinen, deren zwei die Eingänge der Wirtschaft bewachten, und eines Unteroffiziers zu bestimmen vermocht hatte. — In München herrscht allgemeine Entrüstung über das an Wahnsinn grenzende Verhalten des Sergeanten Jech.

Das glückliche Belgien. Das Brüsseler Musiktheater führt jetzt in seiner Revue allabendlich vor anverkaufstem Hause in ergötlichen Schattenbildern die Reise des Königs der Belgier nach Paris vor. Man sieht den prächtig gezeichneten König auf der Bühne der Pariser Oper mit Tänzerinnen zärtlich plaudern, auch einer Tänzerin in deren Hause einen Besuch abstatte, wie andere lustige Vorgänge dieser königlichen Reise. Das hat nach der „Voss. Ztg.“ allerhöchsten Ortes sehr mißfallen, aber es giebt in Belgien keine Theaterzensur. Der Gouverneur der Provinz Brabant hat auf hohem Wunsch den Brüsseler Bürgermeister Buix zu sich beschieden und ihn befragt, ob es nicht ein Mittel gebe, um diese Schattenbilder zu beseitigen, aber Buix hat diese Frage verneint. Die Brüsseler Blätter spotten weidlich über diesen Vorgang, der für das Theater selbst die schönste Reklame ist.

Die Blutstropfen auf dem Tischtuch. Eine gräßliche Ueberraschung hatten, nach der „Frkf. Ztg.“, am Sonntagabend in Paris die Eheleute K. in der Rue de Tilsit, als sie sich um 7 Uhr Abends friedlich zu ihrem Diner niederließen. Die Frau bemerkte nämlich mehrere rotthe Flecke auf dem Tischtuch; die Familie richtete nun ihre Aufmerksamkeit auf diese und man stellte bald fest, daß fortwährend rotthe Tropfen von der Decke herabfielen. An der Decke selbst war ein ungeheurer rother Fleck bemerklich. Im höchsten Grade beunruhigt, benachrichtigte K. den Portier von dieser Erscheinung. Dieser stieg sofort zu dem über den Eheleuten wohnenden Miether, einem 55jährigen Herrn Aubry, empor, um nachzusehen, erhielt aber keinen Einlaß in die Wohnung. Der Polizeikommissar wurde benachrichtigt und die Wohnung durch einen Schlosser geöffnet. Man fand Aubry auf einem Stuhle sitzend, das Haupt durch einen Schnitt mit dem Rasirmesser fast vom Rumpfe getrennt. Der erste Blick genügte, um zu erkennen, daß es sich um einen Selbstmord handelte. Es war das Blut dieses Unglücklichen, das durch die Decke gestiegt und auf die Tischdecke der unten Wohnenden getropft war.

Litterarisches.

Gratulationsgedichte und Vorträge zu allen festlichen Gelegenheiten. Stammbuch und Gebendverse. Für die Kinder des Proletariats. Verlag von Hans Naale, Berlin S., Citoyen-Passage. Preis 60 Pf. Das Sammelwerkchen durchweht der Geist imigen Familienlebens. Von den vielen hübschen Gratulationsprüchen nur ein Kindergruß an die Mutter:
So klein noch bin ich, so jung ist mein Leben.
Was soll ich Dir sagen? Was soll ich Dir geben?
Kann reden nur, wie mein Herzchen spricht:
„Ich liebe Dich, Mutter.“ — Mehr weiß ich nicht.

werden. Die Gesellschaft läuft uns durch die Hände, auch sehen wir die Leidenschaften unter der häßlichsten Form, dem Interesse. Hier will eine Frau die Kinder ihres Mannes zu Gunsten derjenigen enterben, die sie ihnen vorzieht, während der Mann seinerseits bisweilen sein Vermögen dem Kinde, das sich den Haß der Mutter zugezogen hat, aufbewahren will, und dann Kämpfe, Befürchtungen, Urkunden, Gegenseine, Scheinverkäufe, Fideikomnisse, kurz ein klägliches Wirrwarr, auf Ehrenwort, ein klägliches! Dort bringen Väter ihr Leben damit zu, ihre Kinder dadurch zu enterben, daß sie ihren Frauen das Vermögen stehlen . . . Ja, stehlen ist das richtige Wort. Wir sprachen vom Drama; ach, ich verstehe Sie, dürften wir das Geheimniß gewisser Schenkungen verrathen, so könnten wir unseren Komödienschreibern schreckliche bürgerliche Trauerspiele liefern. Ich begreife nicht, welcher Macht sich die Frauen bedienen, um ihren Willen stets durchzusetzen, denn trotz des Augenscheines und ihrer Schwäche siegen sie beständig. Ei nun, mich überlisteten sie nie. Ich ahne stets den Grund zu solchen Liebhabereien, die man in der Welt höflicher Weise als das Unerklärbare bezeichnet. Aber die Männer werden ihn nie errathen, diese Gerechtigkeit muß man ihnen lassen. Was es Liebenswürdiges giebt, werden Sie mir darauf antworten, und . . .“

Helene, mit ihrem Vater aus dem Boudoir in den Salon zurückgekehrt, hörte aufmerksam den Notar an und verstand ihn so wohl, daß sie einen furchtsamen Blick auf ihre Mutter warf und mit dem ganzen Instinkt des jungen Alters ahnte, daß dieser Umstand die ganze Strenge, die gegen sie im Heranzuge war, verdoppeln würde. Die Marquise erblakte und zeigte dem Marquis mit einer Geberde des Schreckens ihren Mann, der nachdentlich die Blumen der Tapete anblickte. Trotz seines

feinen Benehmens vermochte sich der Marquis von Vandenesse doch in diesem Augenblicke nicht länger zu zügeln und schleuderte dem Notar einen furchtsamen Blick zu.

„Kommen Sie hier durch, mein Herr,“ sagte er und ging heftig nach dem voranziehenden Salon.

Der Notar folgte ihm zitternd und ohne seinen Satz zu vollenden.

„Mein Herr,“ sagte nun mit gesammelter Wuth der Marquis von Vandenesse, der heftig die Thür des Salons, in der er Frau und Mann zurückließ, schloß, „seit dem Essen haben Sie hier nur Albernheiten begangen und Dummheiten geredet. Um Gottes willen machen Sie, daß Sie fortkommen! Sie würden hier nur das größte Unglück anrichten. Wenn Sie ein vorzüglicher Notar sind, so bleiben Sie in Ihrem Berufe; wenn Sie sich aber zufälligerweise in der Welt befinden, so benehmen Sie sich vorsichtiger.“

Darauf kehrte er in den Salon zurück, nachdem er von dem Notar geschieden war, ohne ihn zu grüßen. Dieser blieb einen Augenblick ganz betäubt und gelähmt stehen, ohne zu wissen, wo er sich befand. Als das Stimmgeräusch, das ihm bis an die Ohren gedrungen war, aufhörte, glaubte er Seufzer und Hinzugehen im Salon zu vernehmen, wo die Glocken heftig gezogen wurden. Er hatte Furcht den Grafen wiederzusehen, und gewann den Gebrauch seiner Beine wieder, um die Treppe zu erreichen und sich hinabzutrollen; aber am Eingang der Zimmerreihe stieß er auf die Diener, die eilig hineinkürzten, um sich nach den Befehlen ihres Herren zu erkundigen.

„So sind alle große Herren,“ sagte er endlich zu sich, als er auf der Straße war und sich nach einer Droschke umfah; „Sie fordern dich auf „zu sprechen und laden

dich durch Komplimente dazu ein; du wägnst, Ihnen Freude zu bereiten, aber durchaus nicht! Sie sagen dir Grobheiten, ziehen eine Scheidewand und weisen dich sogar ohne Umstände vor die Thür. Zudem war ich sehr geistreich; ich habe nur Bedeutendes, Hervorragendes, Geziemendes gesagt; Wahrhaftig, er empfiehlt mir größere Vorsicht anzuwenden; mir fehlt keine! Ei der Tausend, ich bin Notar und Mitglied meiner Kammer.“

Morgen werde ich mich erklären, wie ich bei ihm weder Albernheiten begangen noch Dummheiten geredet habe. Ich werde ihn um Aufklärung bitten; das heißt, ich werde ihn fragen, was er damit meint. Im Ganzen habe ich vielleicht Unrecht . . . Wahrhaftig, ich bin zu gutmüthig, mir den Kopf darüber zu zerbrechen! Was kann mir daran liegen?“

Der Notar kam noch Hause zurück und erzählte seiner Gattin Punkt für Punkt die Ereignisse dieses Abends.

„Mein lieber Crotta, Seine Exzellenz hatte vollkommen Recht, als er dir sagte, du hättest nur Albernheiten begangen und Dummheiten geredet.“

„Weshalb?“

„Ich werde es dir sagen, mein Lieber, wenn dich dieses abhielte, morgen anderswo von neuem zu beginnen. Ich empfehle dir nur, in Gesellschaft nie mehr von Geschäften zu reden.“

„Wenn du es mir nicht sagen willst, werde ich morgen darum den . . .“

„Mein Gott, die dümmlsten Leute suchen solche Dinge zu verheimlichen, und du bildest dir ein, daß sie dir ein Geheimtugend sagen wird! Aber Crotta, ich habe dich nie so sinnlos gesehen.“

„Danke, meine Beste.“
(Fortsetzung folgt.)